Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich mit Ausnahme nach Sonn- und Festtagen ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
(nur Wochentags)
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 190. **Mittwoch** den 17. April 1895. 89. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Gesucht

wird der am 12. Januar 1843 in Grimma geborene Zimmermann Carl Friedrich **Holzhausen**, welcher zur Zahlung von Unterhaltsbeiträgen für eines seiner Kinder anzuhalten ist.

Leipzig, den 9. April 1895.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt, Abth. III.
A. R. III. Nr. 433. Hentschel. Wöller.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) **eine goldene Damen-Remontoir-Uhr**, infolge Aetzung dunkelroch gefärbt, mit geriefter Rückseite und blauen Stahlzeigern, angebundener 2reihiger goldener Kette mit einem kugelförmigen gezackten Anhänger, ein ovales goldenes Medaillon mit eingravirter Blume, in schwarzer Emaille, mit inliegender Photographie und Haarlocken und anhängender goldener kleingliedriger Kette am 6. d. M.;

2) **eine vergoldete Remontoir-Savonetteuhr** mit Secunde und Stahlzeigern, auf der Rückseite mit der Abbildung einer Lampe und anhängender langgliedriger Nickelkette, am 11. d. M.;

3) **eine goldene Damen-Remontoir-Savonettuhr**, auf den Deckeln graviert, mit der Nummer 585 versehen und mit dunter Emaille verziert, am 13. d. M.;

4) **ein Jacket-Anzug** von blaugrauem, wollertem Stoff mit einer Reihe Steinnußknöpfe und grauem Seidenfutter, an den Henkeln die Firma „August Muxfeld", Ende Februar bis 14. d. M.;

5) **ein Winterüberzieher**, blaugrau, neu, mit schwarzem Sammetkragen, hell- und dunkelblau gestreiftem wollenen Futter, 2 Reihen schwarzen Steinnußknöpfen und Ketschenhenkel, 3 Meter dunkelgrau- und schwarzcarrirter Anzugstoff, am 6. d. M.;

6) **ein Sommerüberzieher**, graubraun, mit grauseidenem Futter, grauen Steinnußknöpfen und Stoffhenkel mit der Firma „A. Schwarz, Rendnitz", ein schwarzer weicher Filzhut, inwendig mit rothseidenem „W. S." bestickem Band, am 13. d. M.;

7) **ein Winterüberzieher**, dunkelblau, mit großcarrirtem Futter, einer verdeckten Reihe überponnener Knöpfe, dunkelblauem Sammetkragen und Ketschenhenkel, eine schwarze Cheviothose und eine schwarze Tuchhose, am 12. d. M.;

8) **3 Stück weiße Elfenbein-Billardbälle**, einer derselben mit verhaltenen Streifen, einer mit zwei schwarzen Puncten, am 10. d. M.;

9) **2 Bücher**: „Crowe u. Cavalcaselle" von Max Jordan und „Our Works in Palestine", am 90. d. M.;

10) **ein brauner Papp-Carton**, enthaltend 3 Paar kalblederne Herren-Stiefeletten, am 10. d. M.;

11) **ein Handwagen**, zweiräderig, mittelgroß mit eisernen Langbäumen und Holzgriffen, am 30. d. M.;

12) **ein Adler-Rover**, Nr. 18, mit Drillionreifen, etwas beschädigter Lenkstange, Kockgriffen, an der Luftpumpe mit Holzgriffen, am 12. d. M.;

13) **eine Wringmaschine**, mit neuen Gummiwellen und einer sogenannten Schwungschraube, am 20. d. M.;

14) **ein Rover**, mit Pneumaticreifen Fabrikzeichen „Renker's Thuringia", verniedelter Lenkstange, Radspeichen und Laterne und schwarzlackirtem Rahmengestell, am 13. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder über den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 16. April 1895.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. M.

Nicolaigymnasium.

Die **Aufnahmeprüfung** für die Classen von **Quinta** an aufwärts, sowie die **Nachprüfung** für **Sexta** findet **Montag**, den 22. April, Vormittag von 8 Uhr ab statt.

Die von den Angemeldeten beizubringenden Zeugnisse (namentlich die letzte Osterzensur) sind, soweit es noch nicht geschehen ist, bis Sonnabend Abend nachzuliefern und beim Hausmeister abzugeben.

Die **Verpflichtung** und **Einweisung** aller Neuaufgenommenen, auch der schon vor Ostern geprüften Sextaner, erfolgt **Montag**, den 22. April, Nachmittags 4 Uhr in der Aula.

Leipzig, den 16. April 1895.

Conrector Prof. Dr. Gebhardt.

Städtische Höhere Schule für Mädchen,
Albertstraße 23.

Das **neue Schuljahr** beginnt für Classe IX—I Montag, 22. April, Vormittag 8 Uhr, für Classe X Mittwoch, 24. April, Vormittag 9 Uhr.

Nachprüfung und **zweite Aufnahmeprüfung** Montag, 22. April, Vormittag 9 Uhr.

Leipzig, 13. April 1895. Dr. Wychgram.

Oeffentliche Handelslehranstalt.

Freitag, den 19. April, früh 7 Uhr, beginnt die **Aufnahmeprüfung** in der **Lehrlingsabtheilung**, zu welcher sich die bereits angemeldeten, sowie die noch anzumeldenden **Lehrlinge**, mit Schreibfeder versehen, **pünctlich** einzufinden haben.

Anmeldungen für den **einjährigen, fachwissenschaftlichen** Cursus werden im Laufe dieser Woche gleichfalls entgegengenommen. **Carl Wolfrum**, Director.

Das Centrum und die innere Lage.

* Am Vorabend des Osterfestes hat der „Hamb. Corr.", in dem sich nicht selten Kundgebungen finden, die auf preußische Regierungskreise zurückzuführen sind, die politische Welt durch einen Artikel überrascht, der die vorstehende Ueberschrift trägt und einen Plan enthüllt, der nach der Versicherung des Verfassers in den „bestunterrichteten und authentischsten politischen Kreisen" erwogen wird. Da dieser Artikel voraussichtlich in den nächsten Tagen die Presse vorzugsweise beschäftigen und die Gemüther vorzugsweise bewegen wird, so lassen wir ihn wörtlich folgen. Er lautet:

„Die jetzige Fassung der Umsturzvorlage wird ohne Zweifel, wie in der Commission, so auch im Plenum des Reichstags zu einer anderen Gruppirung der Parteien führen. Abgesehen von der Aufhebung des Kanzelparagraphen, der mehr als Zeichen von dem Uebergewicht des Centrums, als nach seiner sachlichen Bedeutungen ins Gewicht fällt, sind es namentlich die Zusätze zu den Religion und Kirche schützenden Strafsätzen und die aus der lex Heinze herübergenommenen Bestimmungen, die eine weit über jedes berechtigte Maß hinausgehende Beschränkung der freien Bewegung auch auf dem Gebiete von Kunst und Wissenschaft befürchten lassen. Hier ist der Grundgedanke der Vorlage, dem Mißbrauch des freien Worts zu revolutionären Aufhetzereien zu steuern, ganz verlassen und wenn der Vorlage schon der Vorwurf gemacht werden konnte, daß sie diesen gesetzgeberischen Plan nicht ohne jede Gefährdung berechtigter Anwendung des freien Wortes zu verwirklichen suche, so treffen die vom Centrum hineingebrachten Zusätze voll jene kritischen Kreisenschläge, mit denen die von Professor Sohm redigirte Leipziger Kundgebung sich namentlich gegen den bekannten Antrag Rintelen richtete.

Wie weit die Verschiebung gehen wird und wie schließlich der Ausgang sein wird, läßt sich mit Sicherheit nicht übersehen. Die Regierung scheint die Novelle auch in ihrer jetzigen Form für annehmbar zu erachten und ist demgemäß geneigt, auf deren Annahme hinzuwirken. Der Erfolg wird jedenfalls davon abhängen, ob die Polen bei der Stange bleiben und wie die Reichspartei sich zu der Vorlage stellen wird. Hier ist der Wunsch energischer Repression augenscheinlich besonders stark und sicher stark genug, um Bedenken von nicht allzu großer Tragweite zu überwinden. Inwieweit er auch gegenüber der Novelle in ihrer jetzigen Gestalt von entscheidender Bedeutung sein wird, ist noch nicht zu übersehen, zumal Frhr. v. Stumm voraussichtlich durch seine Erkrankung für den Rest der Session von den Verhandlungen fern gehalten werden wird.

Wenn die Vorlage aber in der jetzigen Gestalt zu Stande kommt, so bedeutet das einen Schritt weiter in der klerikal-conservativen Richtung, vor Allem aber eine Stärkung des Einflusses des Centrums und zwar nicht blos im Parlamente.

Wenn von einem Zusammenwirken mit dem Centrum die Rede ist, so wirft sich von selbst stets die Frage der Gegenleistung auf. Allerdings nicht sowohl in Betreff seines Mitwirkens bei der Umsturzvorlage selbst, als in Betreff weiterer Cooperation. Denn falls die Umsturzvorlage in der Gestalt der Commissionsbeschlüsse durchgeht, erhält das Centrum darin selbst einen mehr als ausreichenden Gegenwerth für seine Mitwirkung. Und zwar sowohl in Bezug auf den Fortfall des Kanzelparagraphen, mit dem das erste positive Ergebniß des Culturkampfes wieder aus der Welt geschafft wurde, als durch die Einschränkung selbst der wissenschaftlichen Kritik auf dem Gebiete der kirchlichen Lehren. Hier also hat das Centrum sich den Preis für sein Mitwirken schon mehr als reichlich selbst zugemessen. Man würde für dessen Gewährung eher noch weitere Leistungen des Centrums auf anderen Gebieten fordern können, als umgekehrt. Aber Tabaksteuer, Reichsfinanzreform und andere Fragen dieser Art führen alsbald zu dem Thema der Gegenconcession. Dabei wird die Aufhebung des Jesuitengesetzes aus dem Kreise der praktischen Erwägungen ausscheiden müssen. Es bestimmt eine Aenderung in der Stellungnahme des Bundesrathes erwartet wurde, so sicher war dies ein Irrthum. Die Unvereinbarkeit der Tendenzen des Jesuitenordens mit der deutschen Politik des Kaiserhauses gilt nach wie vor als Axiom.

Eher wird man mit einem Entgegenkommen gegen socialpolitische Wünsche des Centrums rechnen können. Man wird sich erinnern, daß bei Besprechung der Centrumsanregung auf Gewährung der Corporationsrechte an Berufsvereine und sonstige Organisation der Arbeiterschaft der preußische Handelsminister seine erst direct ablehnende Erklärung später so weit eingeschränkt hat, daß ein künftiges Einschreiten nicht ausgeschlossen ist. Noch schweben die Erwägungen im Schoße des preußischen Staatsministeriums über diese Frage. Wenn aber, wie es scheint, die Aussichten für ein organisatorisches Vorgehen im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 4. Februar 1890 heute günstiger sind, als noch vor kurzem anzunehmen war, so wird dabei die Absicht, dem Centrum für den Fall weiterer Mitwirkung bei der Erledigung der schwebenden Fragen der Reichspolitik eine Gegenleistung bieten zu können, zwar nicht allein, wohl aber mitbestimmend gewesen sein.

Das sind vorerst natürlich nur Combinationen, aber solche, welche aus den bestunterrichteten und authentischsten politischen Kreisen stammen."

Der Verfasser selbst ist, wie aus dem ersten Theile seines Artikels hervorgeht, mit dem von ihm enthüllten Plane durchaus nicht einverstanden; er hält vielmehr die Annahme der vom Centrum aus einem Gesetzentwurfe zur Bekämpfung der revolutionären Aufhetzung in einen Gesetzentwurf zum Schutze des Ultramontanismus umgewandelten „Umsturzvorlage" für höchst bedenklich. Daher mag es wohl kommen, daß er die Andeutungen, die ihm aus den „bestunterrichteten und authentischsten politischen Kreisen" zugegangen sind, in so ungeheuerlicher Weise auslegt und ausspinnt, wie er es thut. Denn geradezu ungeheuerlich ist, was er als Absicht der leitenden Kreise bezeichnet. Er behauptet nicht weniger, als daß ein Druck auf die Reichspartei ausgeübt werden soll, um sie zum Verzicht auf wirksame Mittel zur Bekämpfung der revolutionären Aufhetzung und zur Annahme eines Gesetzes zu nöthigen, das die deutschen Gerichte zu Vollstreckern ultramontaner Todesurtheile gegen die wissenschaftliche Kritik machen würde. Ist mit reichsparteilicher Hilfe das Centrum zur ausschlaggebenden Macht im Parlamente und zur Führung des Richterschwerts gegen die Freiheit der Wissenschaft gebracht, so binden die „leitenden", d. h. vor dem Centrum sich demüthigenden Kreise das Feigenblatt der Ablehnung des Reichstagsbeschlusses auf Beseitigung des Jesuitengesetzes um ihre Blöße in der tröstlichen Erwartung, das nach jesuitischen Grundsätzen dominirende Centrum werde diese lediglich formale Verminderung seines Sieges sich gnädigst gefallen lassen und um ihretwillen ein vortheilhaftes Handelsgeschäft nicht von der Hand weisen. Bei diesem Handel soll es nur den Tabak bluten lassen und dafür den weiteren Triumph erleben, daß sein treuer Verbündeter bei der Demonstration des Reichstags gegen eine Beglückwünschung des Fürsten Bismarck, die Socialdemokratie, durch Verleihung der Corporationsrechte an Berufsvereine und sonstige Organisationen der Arbeiterschaft zum Herrn und Meister der gesammten deutschen Arbeiterwelt gemacht wird.

Diese knappe Zusammenfassung des von dem Gewährsmanne des „Ham. Corr." zunächst der preußischen Regierung untergeschobenen Planes genügt wohl, um diesen als die Ausgeburt einer durch dunkle Andeutungen krankhaft überreizten Phantasie erscheinen zu lassen. Wenn der Kaiser die Tendenzen des Jesuitenordens mit der deutschen Politik seines Hauses für unvereinbar hält, so kann und muß er mit dieser Politik auch ein Gesetz für unvereinbar halten, das genau den Tendenzen des Jesuitenordens entspricht. Es wäre eine unsühnbare Beleidigung des Kaisers, wenn man ihm zutrauen wollte, er gedenke zur Beruhigung der Gegner der Jesuiten die preußischen Stimmen im Bundesrathe für die Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes abgeben, aber diese selben Stimmen für ein Gesetz eintreten zu lassen, das die Werkzeuge der Jesuiten zu Herren im Parlamente, zu Herren über Leben und Tod der deutschen Wissenschaft machen würde. Und da der Kaiser als König von Preußen auch sonst noch nicht die Absicht gezeigt hat, sich des Regierens zu Gunsten einiger hochgestellter Centrumsfreunde zu begeben, so wird er auch nicht einwilligen, daß sein in Königsberg klar ausgesprochener und durch die Billigung der Caprivi-Hohenlohe'schen Umsturzvorlage bestätigter Wille, festere gesetzliche Dämme gegen die revolutionäre Aufhetzung zu errichten, durchkreuzt und ins Gegentheil verkehrt werde durch Maßnahmen, welche nicht nur dieser Aufhetzung freies Spiel lassen, sondern auch den schlimmsten Hetzern die Herrschaft über die ganze deutsche Arbeiterwelt ausliefern.

Von dem, was an der maßgebensten Stelle für die Zukunft geplant und erwogen wird, kann also der Enthüller des „Hamb. Corr." nichts ausgeplaudert und ausgeschmückt haben. Seine „bestunterrichteten und authentischsten" Quellen müssen an tieferer Stelle sprudeln oder wenigstens murmeln. Aehnliches haben sie auch der „Nordd. Allgem. Ztg." schon zugemurmelt. Ja, aus dem „Reichsanz." wußten wir bereits, daß die „einzig officiöse" „Berl. Corr." die Wahrheit nicht sagte, als sie die im preußischen Staatsministerium schwebenden Erwägungen über die Frage der Gewährung der Corporationsrechte an Berufsvereine und sonstige Organisationen der Arbeiterschaft in Abrede stellte. Es geben also augenscheinlich an „bestunterrichteten" Stellen Dinge vor und werden Pläne erwogen, die mit den von dem Gewährsmann des „Hamb. Corr." ausgeplauderten wenigstens einige Aehnlichkeit haben, — Dinge und Pläne, die lebhaft an die Vorgänge erinnern, die dem Rücktritte der Grafen Caprivi und Eulenburg vorausgingen. Der jetzige Reichskanzler und preußische Ministerpräsident kann natürlich nicht zwiespältig sein, wie seine gegen einander stehenden Vorgänger; seine hohe Lohe ist auch sicherlich nicht so tief niedergebrannt, um ihm zu gestatten, sich dem Centrum und die deutschen Arbeiter der Socialdemokratie zu unterwerfen. Die Enthüllungen des „Hamb. Corr." haben daher in erster Linie Interesse für ihn und seinen kaiserlichen Herrn. Je früher er die Murmelquelle, der diese Enthüllungen entstammen, findet und aufdeckt, um so besser für ihn. Läßt er sie ungestört, im passiven und activen Sinne des Wortes, so darf er sich nicht wundern, wenn in deutschen Landen überall, wo noch Verständniß für die vom Ueberwuchern des Jesuitismus dem politischen und religiösen Gewissen, wie für die von der Auslieferung der deutschen Arbeiterwelt an die Socialdemokratie dem deutschen Erwerbsleben drohende Gefahr besteht, ein Sturm sich erhebt, wie ihn Deutschland kaum jemals erlebt hat.

Deutsches Reich.

Ω **Berlin**, 16. April. Mit der Erklärung der nationalliberalen Vertrauensmänner im Wahlkreise Eisenach, daß keiner der beiden in die Stichwahl gelangenden Candidaten zu empfehlen sei, sind natürlich sowohl die conservativen als die freisinnigen Organe höchlich unzufrieden. Während aber die ersteren, um eine kaum erhörte Anfeindung der nationalliberalen Partei in der der Hauptwahl vorangegangenen Agitation in Vergessenheit zu bringen, sich einige Zurückhaltung auferlegen, legt der Freisinn in seinem abgespielten Leierkasten die alte Platte auf, welche Töne wie „kläglich", „molluskenhaft" vernehmen läßt. Das Eine wie das Andere wird die nationalliberalen Eisenacher Wähler ebensowenig berühren, als es die Freunde der Partei im ganzen Reiche verhindern wird, die Entschließung des Parteivorstandes und der Vertrauensmänner jenes Wahlkreises als eine den Umständen durchaus angemessene anzuerkennen. Die Erklärung, wonach Nationalliberale weder für den freisinnigen Cahselmann, noch für den extremen Agitator Dr. Rösicke eintreten können, ist in jedem Puncte zutreffend und das, was die „Freisinnige Zeitung" gegen sie vorbringt, völlig haltlos. Der Erinnerung an die Abstimmung des Vertreters der Lutherstadt zu Gunsten der Jesuiten und an das Verhalten der freisinnigen Volkspartei am 23. März wagt selbst Herr Richter nichts entgegenzusetzen, dagegen glaubt er den Satz, der seine Partei als eine Richtung bezeichnet, die durch nahezu grundsätzliche Opposition gegen die Regierungen Unzufriedenheit in die weitesten Volkskreise hineingetragen und sich dadurch zu gedeihlichem politischen Schaffen unfähig erwiesen habe, vor den Eisenacher Wählern durch den Hinweis auf den Frankfurter Parteitag der Nationalliberalen abschwächen zu können. Jener Parteitag sei auch veranstaltet worden, um Unzufriedenheit in die weitesten Volkskreise gegen die Regierung des Reichskanzlers Caprivi zu tragen. Diese Behauptung ist bekanntlich eine längst widerlegte und auch von ihren Verbreitern niemals geglaubte Unwahrheit. Die Nationalliberalen verlangten in Frankfurt eine zielbewußte, feste Politik, und nichts in den dort gehaltenen Reden und gefaßten Beschlüssen deutet darauf hin, daß die Partei eine solche Politik nicht begrüßt hätte, wenn sie vom Grafen Caprivi gemacht worden wäre. Wenn es aber anders wäre, so würde doch der Unterschied bestehen bleiben zwischen dem Nationalliberalismus, der eine bestimmte Regierung aus bestimmten Gründen bekämpft hätte, und der von Herrn Richter geleiteten Partei, die seit dreißig Jahren alle Regierungen im Reiche und in den Einzelstaaten in nahezu allen Unternehmungen gehemmt hat, die sogar ihr vorgebliches Ideal, die zweijährige Dienstzeit, von dem Augenblick an zu verleugnen begann, als die Regierungen es zu verwirklichen Anstalt machten, und die die Ersetzung der ungerecht gewordenen preußischen Steuergesetzgebung durch eine die schwachen Schultern mehr schonende mit Spott und Hohn begleitet hat. Mit diesen aus einer Fülle ihresgleichen herausgegriffenen zwei Beispielen erledigt sich auch die Versicherung der „Freis. Ztg.", die Freisinnige Volkspartei opponire nur dann der Regierung, „wo dieselbe auf einem ihrer (der Volkspartei) Ansicht nach für das Reich und das Volk schädlichem Wege sich befindet". Schön, nur daß die Partei die Aufrichtung des Reichs und von da ab alles für „schädlich" befunden hat, was irgend eine Regierung durchzusetzen suchte. Freilich, die Handelsverträge! Herr Richter weist auch gegenüber der Eisenacher Erklärung auf sie hin, wie er es immer thut, wenn die Tactik es wünschenswerth macht, den Vorwurf grundsätzlicher Opposition zu entkräften. Wir möchten jedoch der Volkspartei rathen, ihrem Führer das Aufgeben dieser Gewohnheit zu empfehlen. Denn sie bestärkt die Welt in der Ueberzeugung, daß es der freisinnigen Partei mit keinem ihrer Programmpuncte ernst ist, als mit dem handelspolitischen. Wenn es anders wäre, hätte sie wenigstens für ihre älteste politische Forderung, die zweijährige Dienstzeit, stimmen müssen.

* **Berlin**, 16. April. Man schreibt der „Voss. Ztg.": Die ultramontane Unverfrorenheit wird immer größer. Das Gesetz über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom 11. Mai 1873 bestimmt in § 4, daß zur Bekleidung eines geistlichen Amtes die Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium erforderlich ist. Nach Art. 3, Abs. 2 der Novelle von 1882 kann allerdings der Cultusminister von den Erfordernissen des § 4 dieses Gesetzes unter bestimmten Voraussetzungen dispensiren, allein es versteht sich doch von selbst, daß diese Dispensation nicht auf Grund eines an einer Jesuitenanstalt abgelegten Gymnasial-Cursus geschehen kann, so lange der Jesuitenorden aus dem deutschen Reiche ausgeschlossen und seinen Mitgliedern jede Lehrthätigkeit in Deutschland untersagt ist. Nichtsdestoweniger ertheilt die „Germ." in einem Artikel: „Ein Wink für katholische Eltern in Berlin" den Berliner Katholiken den Rath, ihre Kinder in auswärtigen Jesuitenanstalten die Gymnasialstudien machen zu lassen. An den Berliner Gymnasien sei die katholische Erziehung gefährdet. Die neue Forderung eines Berliner katholischen Gymnasiums ist die Folge der Nachgiebigkeit der Regierung, die im vorigen Jahre ganz unnöthigerweise besonderen katholischen Unterricht sogar an den Vorschulclassen der Berliner höheren Lehranstalten bewilligte. Jetzt empfiehlt die „Germ." den katholischen Eltern in Berlin, ihre Söhne diesen seelenverderbenden Anstalten gar nicht mehr anzuvertrauen, sondern sie entweder zu den Jesuiten nach Feldkirch, Karlsburg u. s. w. oder, wenn diese Anstalten zu entfernt sind, in das bischöfliche Gymnasium und Knabenseminar zu Mariaschein in Böhmen zu schicken, welche Anstalten auch von Jesuiten geleitet werden. Der Schluß des Artikels der „Germania" klingt wie Hohn gegen die Regierung, wenn er ihr empfiehlt, aus der Anregung des ultramontanen Blattes zu ersehen, „daß die Katholiken in Treue festhalten an den verehrten Vätern der Gesellschaft Jesu". Wird sich die Regierung das ruhig bieten lassen oder wird sie die katholischen Eltern wenigstens auf die gesetzlichen Bestimmungen aufmerksam machen, damit sie vor Schaden bewahrt werden?

* **Berlin**, 16. April. Die „Straßb. Post" nimmt den Fall Kotze zum Anlaß für Betrachtungen über die Militairgerichtsbarkeit, in denen zutreffend ausgeführt wird: „Es drängt sich immer wieder die Frage auf, weshalb wir denn eigentlich von dem vorsintflutlichen Verfahren unserer Militairgerichtsordnung nicht befreit werden können. Kriegsminister kommen und gehen, und Jeder giebt die Versicherung ab, daß die Aenderung der Militairstrafordnung eifrig „studirt" werde, Jeder versichert, daß man sehr bald mit einem Entwurfe an den Reichstag herantreten werde, aber zwischen Versprechen und Halten ist ein eben solcher Abstand wie oftmals zwischen „Lipp' und Kelchesrand". Kein Kriegsminister hat mit größerer Entschiedenheit die Erfüllung einer von fast allen Parteien gestellten Forderung versprochen und ihre Berechtigung anerkannt, als Herr Bronsart von Schellendorff — und doch rückt die Sache nicht vom Platze. Auch für die Zukunft sind wir gar nicht optimistisch und wir sehen eine Vorlage über eine neue Militairgerichtsordnung noch lange nicht kommen und weshalb? Im Grunde nur deshalb, weil man vor der, wenn auch beschränkten Oeffentlichkeit Furcht hat und von ihr alle möglichen Mißstände besorgt, eine Besorgniß, die wie durch Zauberei verschwinden würde, wenn man erst einmal den Versuch gemacht haben würde. Dann rühmt man auch als einen Vorzug des jetzigen Systems die Schnelligkeit, mit der es angeblich arbeiten soll. Nun, da vergleiche man doch einmal den Fall Kotze! In Anbetracht der Kreise, die in diesem Processe eine Rolle spielten, wird die Behörde alles zur Beschleunigung gethan haben, was nur zu thun ist. Und doch hat die Procedur beinahe ein Jahr gedauert. . . . Daß solche Verhältnisse in unseren Zeiten noch möglich sind, ist eigentlich schwer zu glauben, noch schwerer verständlich ist freilich der eigenartige Widerwille, sich von ihnen zu trennen."

Y. **Berlin**, 16. April. Der Kaiser verblieb gestern beim General-Adjutanten Grafen v. Wedel bis gegen 4½ Uhr Nachmittags, machte dann eine Spazierfahrt in den Grunewald, kehrte um 6½ Uhr ins Schloß zurück und arbeitete noch einige Zeit allein. Zur Abendtafel waren keine Einladungen ergangen. Heute früh machte der Kaiser eine Spazierfahrt, besuchte auf derselben das Atelier des Bildhauers Schott, promenirte im Thiergarten und kehrte gegen 10 Uhr ins Schloß zurück. Die Kaiserin ist auch heute noch gezwungen, das Zimmer zu hüten. (Telegramm.)

Y. **Berlin**, 16. April. (Telegramm.) Der Kaiser überraschte den Reichskanzler Fürsten Hohenlohe am Ostersonntag mit einem wunderschönen Geschenk, einem Osterei, das aus der königl. Porzellan-Manufactur hervorgegangen und mit einer Frühlingslandschaft und Arabesken bemalt ist. Am Ostermontag beehrte der Kaiser den Reichskanzler mit einem längeren Besuche.

= **Berlin**, 16. April. (Telegramm.) Ueber das Befinden des Herrn v. Kotze kann die „Post" auf Grund zuverlässiger Informationen berichten, daß es in jeder Weise zufriedenstellend sei. Der Heilungsproceß nehme einen normalen Verlauf. Zu einem operativen Eingriff sei kein Grund vorhanden. Am Morgen des ersten Ostersonntages sei Herrn v. Kotze eine freudige Ueberraschung zu Theil geworden, indem ihm der Kaiser ein prachtvolles Blumen-Arrangement in Ei-Form als Ostergruß übersandt habe.

B. **Berlin**, 16. April. (Privattelegramm.) Das Befinden des Ceremonienmeisters von Kotze ist nach dem „Kleinen Journal" zufriedenstellend. Die Heilung der Wunde nimmt einen normalen Verlauf und der Patient ist bis jetzt fieberfrei gewesen. Der Kaiser, welcher am Sonnabend Vormittag wenige Stunden nach dem Duell seinen Flügeladjutanten nach der Drakestraße geschickt hatte, entsandte denselben noch ein Mal am Abende desselben Tages, um Erkundigungen über das Befinden des Ceremonienmeisters einzuziehen. Ueber die Vorgänge vor dem Duelle berichtet das genannte Blatt noch Folgendes: Unmittelbar nachdem Herrn von Kotze mitgetheilt worden war, daß

SLUB
Wir führen Wissen.